

Berlin braucht einen Bildungsboost – Fünf Forderungen für den Fortschritt

Eine moderne und erfolgreiche Bildungspolitik ist die entscheidende Grundlage für den zukünftigen

Wohlstand dieses Landes. Aus diesem Grund gehört die Bildungspolitik in den Fokus unseres politischen Handelns. Berliner Schülerinnen und Schüler von heute lernen mit den Methoden von gestern für das Leben von morgen. Die katastrophalen Ergebnisse der Berliner Bildungspolitik erfüllen uns deshalb mit großer Sorge. Berlin braucht dringend einen Bildungsboost. Die Berliner JU schlägt daher im Folgenden fünf Maßnahmen vor, um unsere Bildung zukunftsfit zu machen.

1. CDU Senator für Bildung

Nach 22 Jahren Bildungsdesaster fordern wir, dass die CDU Berlin die Übernahme des Bildungsressorts als Bedingung für eine erneute Regierungsbeteiligung beschließt.

Seit 1996 verantwortet die SPD in Berlin die Bildungsmisere. Mindestens ebenso lange lässt sie sich immer neue Reformen einfallen. Einheitsschule, G8 statt G9, JüL, sexuelle Vielfalt im Grundschulalter und ähnliche Themen versuchte man mit erschreckender Regelmäßigkeit als innovative Ideen zu verkaufen. Sinnbilder ideologischer Auswüchse beflügeln die SPD-Senatoren zu weiteren und immer abstruseren „Reformen“. Wiederkehrende Strukturdebatten führen zu Stagnation statt Fortschritt.

Berlin gibt pro Schüler im bundesweiten Vergleich mit am meisten Geld aus. Trotzdem sind wir in Deutschland bildungsqualitatives Schlusslicht. Unsere Schulabschlüsse sind mit die Schlechtesten. Unsere Schulen sind überfüllt und marode, zahlreiche Lehrerstellen unterbesetzt. Digitalisierung findet überall statt, nur nicht im Klassenraum. Grund dafür sind nicht fehlende Investitionen, sondern Fehlinvestitionen. Aktuelle Investitionsprogramme des Berliner Senats zur Sanierung und zum Neubau von Schulen sind nur die Reaktion auf Fehlentscheidungen in der Vergangenheit, akute Mängel und ohne Zukunftsvision.

Die Schülerinnen und Schüler, sowie die Lehrerinnen und Lehrer benötigen Zeit, um sich auf die neuen Rahmenlehrpläne einzustellen und die Anforderungen praxisgerecht umzusetzen. Oftmals zeigen sich Erfolge und Fehler in der Bildungspolitik erst Jahre später. Gute Ergebnisse in der Bildung können sich deshalb nur durch Kontinuität einstellen. Auch ein attraktives Lernumfeld ist dazu zwingend notwendig. Gymnasien sieht der Berliner Senat als abschaffungswürdige Geschwüre, denn als notwendige Institutionen, an denen Schülerinnen und Schüler gefördert werden

2. Bildungsföderalismus

Deutschland stellt so viele Gelder wie niemals zuvor für den Bereich Bildung bereit. Bedingt durch den historisch entstandenen, strikten Bildungsföderalismus darf der Bund kein Geld für die Bildungspolitik der Länder aufwenden. Dies führt paradoxerweise dazu, dass es dem Bund zwar erlaubt ist, global in Bildung investieren zu können, er aber nicht aktiv gegen die Mangelverwaltung im Bildungssektor in Berlin vorgehen kann. Dieses Ungleichgewicht bedauert die JU Berlin. Aus diesem Grund spricht sie sich entschieden für eine Reform des Bildungsföderalismus in Deutschland aus.

Wir fordern den Bildungsföderalismus zu reformieren und das Kooperationsverbot dahingehend abzuschaffen, damit für alle Schülerinnen und Schülern qualitativ hohe Bildungsstandards gewährleistet werden können.

Qualitativ heißt:

- eine bauliche Infrastruktur auf hohem Niveau zu errichten.
- wieder Inhalte statt „Kompetenzen“ zu unterrichten.
- Bundesweite Vergleichbarkeit der Inhalte gewährleisten.
- Stärkung der Digitalkompetenz der Schüler.

Ein effektives Finanzmanagement in der Bildungspolitik soll nicht der ideologischen Aufweichung und Anpassung der Lehre dienen. Es soll ein überfälliges Instrument sein, um Verbesserungen voranzubringen. Schülerinnen und Schüler von heute stehen in einem globalen Wettbewerb. Bildungspolitische Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern zu betonen ist deshalb nicht mehr zeitgemäß. Des Weiteren spricht sich die Junge Union dafür aus, dass die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, auf denen u.a. der Digital-Pakt Schule basiert, bindend werden.

3. Lehrqualität

Das Bekenntnis zum Leistungsprinzip, der Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre sowie die Gewährleistung der Hochschulautonomie sind wichtige Eckpfeiler der Bildungspolitik der CDU. Gerade vor dem Hintergrund der verheerenden Folgen der Berliner Bildungspolitik ist es wichtig, dem hohen Lehrermangel an Berliner Schulen entgegen zu wirken, eine gute Lehrqualität zu garantieren und somit den Schülern in Berlin die besten Zukunftschancen zu ermöglichen. Berlin ist das einzige Bundesland, in dem Lehrer nicht verbeamtet werden. Für eine gute

Bildungspolitik braucht es aber engagierte und motivierte Lehrer. Wir fordern daher die Verbeamtung der Lehrer. Dies wäre ein wichtiger Schritt, um die Qualität der Lehre und des Unterrichts an Berliner Schulen zu verbessern, den Forderungen der Lehrerschaft in Berlin endlich gerecht zu werden und die Attraktivität des Lehrerberufs in Berlin zu steigern.

Nach wie vor herrscht an Berliner Schulen, insbesondere an Grundschulen, ein hoher Mangel an Schulleitern. Wir fordern daher den Berliner Senat dazu auf, die Position der Schulleiterinnen und Schulleiter zu stärken. Wir sprechen uns dabei insbesondere für die Unterstützung der Arbeit des Schulleiters durch die Bereitstellung eines Verwaltungsteams, bestehend aus Verwaltungsleiter, Schulsekretär/in, Hausmeister und IT-Experten, an den Schulen aus.

Da Berlin im bundesweiten Vergleich das Schlusslicht im Bereich Bildungsqualität bildet, fordern wir eine Orientierung beziehungsweise Übernahme von Lehrinhalten und Lehrmethoden erfolgreicherer Bundesländer.

4. Schule als digitale Heimat

Digitalisierung beginnt nicht erst in der Arbeitswelt und darf sich deshalb nicht nur auf dem Smartphone der Schüler abspielen. Sie muss als notwendige Ergänzung zu bewährten, konservativen Lehrmethoden verstanden werden. Die Digitalisierung fördert die Interaktion zwischen Schülern und Lehrern auch über den Unterricht hinaus. Durch einheitliche Technikstandards können Lerninhalte und Lernfortschritte geteilt sowie transparent für Schüler, Lehrer und Eltern dargestellt werden.

Wir fordern:

- die Schaffung von freiem WLAN für alle Schulen zur direkten Einbindung digitaler Inhalte in den Unterricht;
- moderne Technik für alle Unterrichtsräume (z. B. Whiteboards);
- moderne Technik für alle Schüler (Laptops, Tablets, etc.)
- Lehrangebote im Bereich Informatik zeitgemäß zu gestalten und fortlaufend zu aktualisieren;
- alle Lehrkräfte zu Schulungen zum Einsatz moderner Technik zu verpflichten.

Eine Finanzierung soll durch den Bildungsfonds Digital-Pakt Schule und Landesmittel sichergestellt werden.

Ein Verbot von Mobiltelefonen lehnen wir ab.

5. Schulsanierung – Wir verlangen unseren Jüngsten zu viel ab!

Wenn man in Berlin nach Zeitzeugen des Mauerfalls sucht, reicht es oftmals, sein Ohr an die Tischplatte der örtlichen Schulen zu halten. 3,9 Milliarden Euro sind für die Sanierung der Gebäude vorgesehen, Transparenz gehört aber nicht dazu. So werden Maßnahmen kaum oder gar nicht veröffentlicht. Wer aber Milliarden verbaut muss dies der Öffentlichkeit in aller Transparenz anzeigen.

Die Bezirke werden aufgefordert, transparente, aktuelle und öffentlich einsehbare Schulbaulisten einzuführen (z.B. auf den Seiten des Bezirksamtes). Die CDU-geführten Bezirke bzw. deren Stadträte sollten auf diesem Gebiet Vorreiter sein. Schüler, Lehrer, Anwohner, Eltern: jeder muss jederzeit mit einem Klick einsehen können, wann und wo in seinem Bezirk eine Schulbaumaßnahme stattfindet.

Bezirke und das Land Berlin verbindet eines: chronischer Personalmangel. Die Senatsverwaltung ist unterbesetzt, soll aber weiterhin Amtshilfe leisten und alles managen. Die Bezirke haben noch weniger Personal und stehen in einem Rekrutierungskonkurrenzkampf untereinander und gegen das Land. Regionalverbände sollen Abhilfe schaffen, haben aber ihre Arbeit bisher nicht begonnen.

Die Junge Union fordert deshalb, Personalstellen besser zu bezahlen und mehr Personal einzustellen. Die bezirklichen Bauunterhaltungsmittel müssen auf 2-2,5 %, statt 1,2 bzw. 1,3 %, der Gebäudewerte erhöht werden, um auch in Zukunft unsere Schulen instand zu halten. Weiterhin soll auch das Konzept der Regionalverbände überprüft werden. Wenn kein Start bis zum Ende des Jahres 2018 erfolgt, muss man die Regionalverbände als gescheitert ansehen.

Schulcontainer (modulare Unterrichtsräume) müssen zwangsläufig fehlende Schulkapazitäten decken bzw. als Ausweichflächen für Sanierungsmaßnahmen dienen. Das Land Berlin hat aber keine Ausschreibungen oder Konzepte für die Container vorgelegt, was die Bezirke zu eigenmächtigem Handeln zwingt. Einige Bezirke planen ganze Containerdörfer, im Amtsdeutsch Schulcampi, einzurichten. Gerade für Grundschulen ist dies unzumutbar, führt es doch zu langen Fahrtwegen.

Die Junge Union fordert deshalb, dass der Senat eine einheitliche und zügige Strategie in der Anschaffung und Aufstellung von Schulcontainern erstellt. Weiterhin lehnt die Junge Union die Einrichtung eines Schulcampus ab. Es müssen notwendige Ausweichflächen erhalten und nicht fremdbebaut werden. Auch ein Ankauf von Ausweichflächen muss in Betracht gezogen werden. Schulcontainer, welche für Grundschulen benötigt werden, müssen in der Nähe von diesen aufgestellt werden und sollten nur in Ausnahmefällen in größerer Distanz platziert werden. Bei

größerer Entfernung der neuen Container (Ausweichflächen) muss ein Transfer der Schülerinnen und Schüler zum Standort von vornherein sichergestellt sein. Der Senat darf auch hier die Bezirke nicht im Stich lassen.